

## Missverständliche AGB

Ein Beitrag zum Verhältnis von Auslegung und Transparenzkontrolle untersucht am Beispiel Allgemeiner Versicherungsbedingungen

Bearbeitet von  
Dr. Knut Pilz, Christian Armbrüster, Horst Baumann, Helmut Gründl, Helmut Schirmer, Hans P. Schwintowski, Wolfgang Zschockelt

1. Auflage 2010 2010. Taschenbuch. 296 S. Paperback  
ISBN 978 3 89952 501 4  
Format (B x L): 14,8 x 21 cm  
Gewicht: 427 g

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Versicherungsrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Knut Pilz

## **Missverständliche AGB**

Ein Beitrag zum Verhältnis von Auslegung  
und Transparenzkontrolle untersucht  
am Beispiel Allgemeiner Versicherungsbedingungen

# Missverständliche AGB

Ein Beitrag zum Verhältnis von Auslegung und Transparenzkontrolle untersucht am Beispiel Allgemeiner Versicherungsbedingungen

Dr. Knut Pilz

Berliner Reihe Band 36

(Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe, 2010, 296 S., DIN A5, kart., 45,- €, ISBN 978-3-89952-501-4)



Dr. Knut Pilz behandelt in seinem Buch ein grundlegendes Problem aus dem Bereich der Allgemeinen Geschäfts- und Versicherungsbedingungen: Klauseln, deren Bedeutung „missverständlich“ ist. Das AGB-Recht enthält mit der Unklarheitenregel in § 305c Abs. 2 BGB und dem in der Inhaltskontrolle verankerten Transparenzgebot des § 307 Abs. 1 S. 2 BGB zwei Vorschriften, die sich mit nicht eindeutigen Klauseln befassen. Zudem kommt den besonderen Auslegungsgrundsätzen von Allgemeinen Versicherungsbedingungen maßgebliche Bedeutung bei der Bewältigung derartiger Klauseln zu.

Trotz der großen praktischen Bedeutung von Auslegung und Transparenzkontrolle für das AGB-Recht ist die Methodik und das Verhältnis der beiden „Instrumente“ weitgehend ungeklärt, und die Handhabung durch die Rechtsprechung lässt bisher eine klare Systematik vermissen. Insbesondere ist die Heranziehung der Unklarheitenregel in Abgrenzung zur Transparenzkontrolle oft widersprüchlich. Diese Arbeit will derartige Widersprüche beseitigen und unterzieht die spezifischen Auslegungsgrundsätze von Allgemeinen Versicherungsbedingungen einer kritischen Würdigung, widmet sich anschließend der Unklarheitenregel und untersucht abschließend das Transparenzgebot aus dem Blickwinkel des Verhältnisses zur Auslegung.

Dem Autor gelingt es auf diese Weise, unter Vermeidung einer vorschnellen Anwendung des Transparenzgebots handhabbare Regeln für die Auslegung und Transparenzkontrolle aufzustellen.

# **Vorwort**

Diese Untersuchung wurde im Sommersemester 2009 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen.

Mein Dank gilt vor allem meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Christian Armbrüster, bei dem ich während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter die vielfältige Gelegenheit hatte, mich mit dem Versicherungs- und AGB-Recht zu beschäftigen. Hieraus resultierte mancher Denkanstoß, der Eingang in die vorliegende Arbeit gefunden hat. Zudem danke ich Herrn Professor Dr. Jürgen Prölss, dessen Werk die Arbeit maßgeblich beeinflusst hat. Außerdem danke ich ihm für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Ein ganz besonderer Dank gebührt Herrn Privatdozent Dr. Dominik Klimke, der die Arbeit als Kollege mit freundschaftlich-kritischem Blick und unermüdlicher Geduld in zahlreichen Gesprächen von Beginn an begleitet hat. Ohne ihn wäre die Arbeit in dieser Form nie gelungen.

Für seine ermutigenden Worte danke ich weiterhin Herrn Rechtsanwalt Sven Rissmann.

Für die Aufnahme der Arbeit in die Berliner Reihe und den gewährten Druckkostenzuschuss bedanke ich mich ferner bei dem Verein zur Förderung der Versicherungswissenschaft an der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Technischen Universität Berlin e.V.

Gewidmet ist diese Arbeit meiner Familie, ohne deren vielfältige Unterstützung, insbesondere beim Korrekturlesen, sie nicht möglich gewesen wäre.

Die Arbeit befindet sich auf dem Stand Oktober 2009.

Berlin, im Dezember 2009

# Inhaltsverzeichnis

## 1. Kapitel: Einleitung

- A. Problemstellung und Ziel der Untersuchung.....1
- B. Gang der Untersuchung.....3

## 2. Kapitel: Auslegung Allgemeiner Versicherungsbedingungen

- A. Allgemeine Auslegungsgrundsätze.....5

### I. Meinungsstand.....6

- 1. Gesetzesähnliche Auslegung .....6
  - a) Wortlaut.....8
    - aa) Medizinische Fachbegriffe .....8
    - bb) Juristische Fachbegriffe.....9
  - b) Systematik .....11
  - c) Historische Auslegung.....12
  - d) Zweck der Regelung.....13
  - e) Zusammenfassung .....14
- 2. Objektive Auslegung .....15
  - a) Wortlaut.....16
  - b) Systematik .....18
  - c) Historische Auslegung.....20
  - d) Zweck der Regelung.....21
- 3. Objektiv-subjektive Auslegung .....22
- 4. Vergleich der Ansichten .....24

### II. Stellungnahme ..... 25

- 1. Zur objektiv-subjektiven Auslegung .....26
- 2. Zur gesetzesähnlichen Auslegung .....31
- 3. Ergebnis.....33

## B. Die Auslegung am Horizont des durchschnittlichen Versicherungsnehmers und deren Ausnahmen.....33

### I. Fähigkeiten und Grenzen des durchschnittlichen

### Versicherungsnehmers bei der Auslegung von AVB ..... 33

- 1. Generelle Anforderungen an den Empfänger bei  
empfangsbedürftigen Willenserklärungen.....33

2. Anforderungen an den Empfänger bei AVB .....	34
a) Zumutbare Anforderungen an den durchschnittlichen Versicherungsnehmer .....	34
b) Unzumutbare Anforderungen an den durchschnittlichen Versicherungsnehmer .....	37
3. Zusammenfassung .....	38
<b>II. Berücksichtigung von Auslegungsmaterialien</b>	
<b>außerhalb des typischen Empfängerhorizontes.....</b>	<b>38</b>
1. Meinungsstand.....	39
a) Auffassung von der generellen Unbeachtlichkeit nicht zugänglicher Auslegungsmittel .....	39
b) Auffassung von der Berücksichtigung zu Gunsten des Versicherungsnehmers .....	40
2. Stellungnahme .....	41
a) Kritik an der Auffassung von der generellen Unbeachtlichkeit.....	41
b) Kritik an der Auffassung von der Berücksichtigung von unzugänglichen Auslegungsmitteln zu Gunsten des Versicherungsnehmers .....	41
aa) Berücksichtigung aufgrund der Unklarheitenregel.....	41
bb) Berücksichtigung aufgrund einseitiger gesetzesähnlicher Auslegung.....	43
cc) Berücksichtigung aufgrund einer ergänzenden Vertragsauslegung .....	44
3. Eigene Lösung .....	45
a) Grundsätze.....	45
b) Ausnahmen .....	51
aa) Objektive Auslegung gewährt in anderen Regelungszusammenhängen auch Vorteile .....	51
bb) Ambivalente Klauseln ohne Saldierungsmöglichkeit.....	55
c) Maßgebliches Auslegungsergebnis für die Inhaltskontrolle...	55
4. Ergebnis.....	58
<b>III. Ausnahmen vom Verständnishorizont des</b>	
<b>durchschnittlichen Versicherungsnehmers.....</b>	<b>59</b>
1. Auslegung von Rechtsbegriffen .....	60
a) Meinungsstand.....	60
b) Stellungnahme .....	62

aa)	Grundsätze.....	62
(1)	Kritik an den bestehenden Lösungen.....	62
(2)	Eigene Lösung.....	65
bb)	Qualifikation des Rechtsbegriffs als „feststehend“ .....	68
c)	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Ermittlung der Rechtsbedeutung .....	72
d)	Zusammenfassung .....	76
2.	Auslegung in mehrgliedrigen Beziehungen .....	76
a)	Verträge zu Gunsten Dritter; insbesondere Versicherung für fremde Rechnung und Gruppenversicherung .....	76
aa)	Meinungsstand.....	77
bb)	Stellungnahme .....	79
(1)	Versicherung für fremde Rechnung .....	79
(a)	Berücksichtigung von Drittinteressen bei der Einbeziehung und Inhaltskontrolle.....	79
(b)	Berücksichtigung des Auslegungshorizonts aufgrund der typischen Interessenlage.....	80
(2)	Gruppenversicherung .....	85
cc)	Zwischenergebnis.....	86
b)	Realgläubiger.....	86
c)	Geschädigter in der Haftpflichtversicherung.....	87
d)	Erwerber einer versicherten Sache .....	89
e)	Ergebnis.....	90
3.	Übereinstimmendes Verständnis über die Bedeutung einer Klausel.....	90
4.	Berücksichtigung von Sonderwissen des konkreten Versicherungsnehmers im Rahmen der Auslegung.....	91
5.	Beeinflussung der Auslegung durch Individualvereinbarungen.....	93
a)	Beeinflussung der Auslegung der Individualvereinbarung durch die AVB.....	93
b)	Beeinflussung der Auslegung der AVB durch eine Individualvereinbarung.....	94
6.	Restriktionsprinzip, insbesondere die „enge Auslegung“ von Ausschlussklauseln.....	95
a)	Meinungsstand.....	95
b)	Stellungnahme .....	97
7.	Ergebnis.....	100

<b>IV. Unverständliche AVB .....</b>	<b>101</b>
1. Meinungsstand.....	102
2. Praktische Bedeutung der verschiedenen Auffassungen .....	103
3. Stellungnahme .....	104
a) Unwirksamkeit nach der allgemeinen Rechtsgeschäftslehre .....	104
b) Unwirksamkeit nach § 307 I 2.....	106
c) Mangelnde Einbeziehung nach § 305 II Nr. 2 .....	109
d) Ergebnis.....	110
<b>C. Anfechtbarkeit bei Irrtum über den Inhalt einzelner Klauseln.....</b>	<b>110</b>
<b>I. Anfechtung durch den Versicherungsnehmer .....</b>	<b>111</b>
1. Unzulässigkeit der Anfechtung .....	111
2. Fehlvorstellung des Versicherungsnehmers .....	112
3. Inhaltsirrtum bei AVB als unbeachtlicher Rechtsfolgeirrtum ..	113
4. Gegenstand der Anfechtung .....	114
a) Die Teilanfechtung .....	116
aa) Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts.....	116
bb) Rechtsfolgen der Teilanfechtung für die restlichen Vertragsbestandteile .....	117
cc) Rechtsfolgen der Teilanfechtung für die angefochtene Klausel.....	121
b) Anfechtung des Versicherungsvertrages .....	121
<b>II. Anfechtung durch den Versicherer .....</b>	<b>122</b>
1. Die Teilanfechtung .....	123
a) Meinungsstand.....	123
b) Stellungnahme .....	123
2. Anfechtung des Versicherungsvertrages .....	125
<b>III. Ergebnis .....</b>	<b>125</b>
<b>D. Zusammenfassung.....</b>	<b>126</b>
 <b>3. Kapitel: Die Unklarheitenregel</b>	
<b>A. Übersicht.....</b>	<b>127</b>
<b>I. Herleitung und Rechtsgrundlagen der Unklarheitenregel.....</b>	<b>127</b>
<b>II. Funktionen der Unklarheitenregel .....</b>	<b>129</b>
<b>B. Tatbestand .....</b>	<b>131</b>



<b>I. Notwendigkeit einer abgeschlossenen Auslegung</b>	
<b>(Subsidiarität der Unklarheitenregel) .....</b>	<b>131</b>
1. Meinungsstand.....	131
2. Stellungnahme .....	132
<b>II. Beschränkung auf die accidentalia negotii .....</b>	<b>133</b>
1. Meinungsstand.....	134
2. Stellungnahme .....	134
<b>III. Auslegungszweifel .....</b>	<b>136</b>
1. Objektive Mehrdeutigkeit.....	137
a) Grundsätze.....	137
b) Besonderheiten (insbesondere bei Rechtsbegriffen) .....	138
2. Auslegungszweifel bei angenommener Mehrdeutigkeit .....	141
a) Grundsätze.....	141
aa) Meinungsstand.....	142
bb) Stellungnahme .....	143
b) Besonderheiten (insbesondere bei Rechtsbegriffen) .....	144
<b>C. Rechtsfolgen der Unklarheitenregel.....</b>	<b>145</b>
<b>I. Kriterien zur Bestimmung der günstigeren</b>	
<b>Auslegung.....</b>	<b>145</b>
1. Generell-abstrakter oder individuell-konkreter Maßstab.....	145
a) Meinungsstand.....	145
b) Stellungnahme .....	146
aa) Maßgeblicher Zeitpunkt .....	146
bb) Maßstab .....	147
2. Berufung auf die günstige Auslegung im Einzelfall.....	149
3. Vorteilhafte und ambivalente Klauseln .....	151
a) Ein Auslegungsergebnis ist nur vorteilhaft .....	151
b) Ambivalente Klauseln .....	152
aa) Klauseln mit Saldierungsmöglichkeit.....	152
bb) Klauseln ohne Saldierungsmöglichkeit .....	154
4. Berücksichtigung des Ergebnisses der Inhaltskontrolle .....	155
a) Im Verbandsprozess .....	155
b) Im Individualprozess .....	156
aa) Meinungsstand.....	156
bb) Stellungnahme .....	156
<b>II. Folgen einer nicht über § 305c II zu behebenden</b>	
<b>Mehrdeutigkeit .....</b>	<b>159</b>
<b>D. Zusammenfassung.....</b>	<b>161</b>

## **4. Kapitel: Das Transparenzgebot**

<b>A. Übersicht.....</b>	<b>163</b>
<b>I. Herleitung und Rechtsgrundlagen des Transparenzgebotes .....</b>	<b>163</b>
<b>II. Funktionen des Transparenzgebotes.....</b>	<b>164</b>
<b>B. Tatbestand .....</b>	<b>166</b>
<b>I. Übersicht.....</b>	<b>166</b>
1. Gesamtabwägung .....	166
2. Anerkannte Fallgruppen .....	168
a) Verständlichkeitsgebot .....	169
b) Bestimmtheitsgebot .....	170
c) Täuschungs- bzw. Irreführungsverbot .....	172
d) Verhältnis der einzelnen Fallgruppen zueinander .....	172
<b>II. Missverständlichkeit (Klarheit und Verständlichkeit)..</b>	<b>173</b>
1. Missverständlichkeit des rechtlichen Anwendungsbereichs....	173
a) Unverständliche Klauseln.....	174
b) Objektiv mehrdeutige Klauseln .....	175
aa) Klauseln ohne eindeutig günstigeres Auslegungsergebnis.....	175
bb) Klauseln mit eindeutig günstigerem Auslegungsergebnis.....	176
(1) Meinungsstand und kritische Würdigung.....	177
(a) Verdrängung der Unklarheitenregel .....	177
(aa) Meinungsstand.....	177
(bb) Kritik .....	179
(b) Meistbegünstigungsprinzip.....	180
(aa) Meinungsstand.....	180
(bb) Kritik .....	181
(c) Transparenzgebot als individuelles Korrektiv .....	185
(aa) Meinungsstand.....	185
(bb) Kritik .....	185
(d) Maßgeblichkeit der materiellen Benachteiligung .....	186
(aa) Meinungsstand.....	186
(bb) Kritik .....	187
(e) Abgrenzung nach der schweren Verständlichkeit .....	188
(aa) Meinungsstand.....	188
(bb) Kritik .....	189

(f) Kernbereich .....	190
(aa) Meinungsstand.....	190
(bb) Kritik .....	191
(g) Auffassung von der Spezialität der Unklarheitenregel	191
(aa) Meinungsstand.....	191
(bb) Kritik .....	192
(2) Eigene Ansicht.....	193
cc) Ergebnis.....	194
c) Eindeutige Klauseln.....	195
aa) Klauseln, denen der Auslegungshorizont des durchschnittlichen Versicherungsnehmers zugrunde liegt .....	195
bb) Klauseln, denen nicht der Auslegungshorizont des durchschnittlichen Versicherungsnehmers zugrunde liegt (Rechtsbegriffe).....	197
d) Zusammenfassung .....	199
2. Missverständlichkeit der wirtschaftlichen Tragweite .....	200
a) Mangelnde Erkennbarkeit der wirtschaftlichen Folgen.....	200
b) Mangelnde Erkennbarkeit eines Ermessensgebrauchs .....	202
c) Täuschende Klauseln.....	203
3. Ergebnis.....	205
<b>III. Erfordernis einer Benachteiligung .....</b>	<b>205</b>
1. Meinungsstand.....	206
a) Notwendigkeit einer zusätzlichen Benachteiligung.....	206
b) Unerheblichkeit einer hinzutretenden Benachteiligung.....	207
2. Stellungnahme .....	207
a) Grundsätze.....	207
b) Vorteilhafte Klauseln.....	210
<b>IV. Berücksichtigung von Begleitumständen</b>	
<b>(§ 310 III Nr. 3).....</b>	<b>213</b>
1. Meinungsstand.....	213
a) Allgemein für AGB .....	213
b) Auffassungen für AVB.....	215
2. Stellungnahme .....	215
a) Grundsätzliche Anwendbarkeit des § 310 III Nr. 3 auf AVB.....	216
aa) Beschränkter Anwendungsbereich auf § 310 III Nr. 2 ...	216
bb) Ausnahme für AVB.....	217

b) Anforderung an die „Umstände“ bei der Transparenzkontrolle.....	218
c) Ausschließlich begünstigende Umstandskontrolle .....	220
aa) Richtlinienvorgaben .....	221
bb) Abweichung des nationalen Gesetzgebers.....	222
3. Ergebnis.....	223
<b>V. Deklaratorische Klauseln .....</b>	<b>223</b>
1. Meinungsstand.....	224
a) Deklaratorische Klauseln i. e. S.....	224
aa) Grundsätze.....	224
bb) Besonderheiten für ergänzungsbedürftige Klauseln .....	224
b) Deklaratorische Klauseln i. w. S. ....	225
2. Stellungnahme .....	226
a) Deklaratorische Klauseln i. e. S.....	226
aa) Grundsätze.....	226
bb) Besonderheiten bei ergänzungsbedürftigen Klauseln.....	228
b) Deklaratorische Klauseln i. w. S. ....	230
<b>VI. Preis- und Leistungsbestimmungen .....</b>	<b>232</b>
1. Meinungsstand.....	232
2. Stellungnahme .....	233
<b>C. Rechtsfolgen des Verstoßes gegen das Transparenzgebot.....</b>	<b>234</b>
<b>I. Grundsätze.....</b>	<b>234</b>
<b>II. Notwendigkeit einer materiellen Besserstellung .....</b>	<b>236</b>
1. Meinungsstand.....	236
2. Stellungnahme .....	237
<b>D. Zusammenfassung .....</b>	<b>240</b>
 <b>5. Kapitel: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse</b>	
<b>A. Wichtige Grundaussagen der Arbeit.....</b>	<b>243</b>
<b>B. Wichtige Ergebnisse in Thesen.....</b>	<b>244</b>
 <b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>247</b>